

Europäisierung der Städtepolitik? Das Beispiel 'CIPU' in Luxemburg

Becker, Tom

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Becker, T. (2012). Europäisierung der Städtepolitik? Das Beispiel 'CIPU' in Luxemburg. *Europa Regional*, 18.2010(1), 38-50. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-312638>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Europäisierung der Städtepolitik? Das Beispiel ‚CIPU‘ in Luxemburg

TOM BECKER

Zusammenfassung

Die ‚Europäisierung‘ der Städtepolitik und Stadtentwicklung ist, aufgrund der europäischen und zwischenstaatlichen Initiativen in diesem Politikbereich, seit vielen Jahren Gegenstand intensiver Diskussionen. Basierend auf dem von RADAELLI (2003) aufgestellten Europäisierungskonzept untersucht der vorliegende Beitrag die Entwicklung der EU- Städtepolitik sowie deren Bedeutungsgewinn und Wirkung in der luxemburgischen Städtepolitik anhand des Beispiels der im Jahr 2008 eingerichteten Nationalen Informationsstelle für Städtepolitik (Cellule nationale d'Information pour la Politique Urbaine – CIPU). Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die zuständigen luxemburgischen Institutionen erkannt haben, dass die europäische Städtepolitik für die nachhaltige, polyzentrische Entwicklung Luxemburgs von größerer Bedeutung ist. Die Einrichtung von CIPU hat dazu geführt, dass dem Potenzial der Städte sowie den aktuellen Herausforderungen, mit welchen diese konfrontiert sind, verstärkt Rechnung getragen wird. Dies wird u.a. durch bessere Koordination und Information der Luxemburger Akteure sowie durch eine effizientere Konzentration der Mittel und Maßnahmen, aber auch durch erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten der lokalen Ebene an der europäischen Politikgestaltung erreicht.

Europäische Union, Luxemburg, Städtepolitik, Förderprogramme, Europäisierung

Abstract

Europeanisation of Urban Policy? The example of CIPU in Luxembourg

For many years, the ‚Europeanization‘ of urban policy and urban development has been vividly discussed as a result of European and intergovernmental initiatives in this particular policy field. Based on RADAELLI's concept of Europeanization, this paper examines the development of a European urban policy as well as its increasing importance and impact on the Luxembourgish urban policy with the example of the National Information Cell for Urban Policy (Cellule nationale d'Information pour la Politique Urbaine – CIPU), established in 2008. The empirical evidence shows that the competent Luxembourgish institutions have recognized that European urban policy is of vital importance to the sustainable and polycentric development of Luxembourg. Due to the establishment of CIPU, greater account is taken of the potential of cities and the current challenges that they are facing. This is achieved, among other things, by means of better coordination and an improved provision of information for Luxembourgish stakeholders, a more efficient concentration of means and measures as well as extended opportunities for local stakeholders to influence European policy-making.

European Union, Luxembourg, urban policy, funding programmes, Europeanisation

Einführung: Europäische Städtepolitik und der Fall Luxemburg

Im Laufe der Jahre haben Städte und Stadtregionen in Europa eine immer größere Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung gewonnen. Um sie zu stärken, wurde eine Reihe von Initiativen durch die EU und die Mitgliedstaaten eingeleitet. Sie zielen darauf ab, das Potenzial städtischer Gebiete zu fördern und aktuelle Herausforderungen wie etwa eine nachhaltige Stadtentwicklung, den demographischen Wandel oder den Kli-

maschutz und Anpassungsstrategien in urbanen Räumen anzunehmen. Sowohl die Einführung von speziellen EU-Förderprogrammen für Städte als auch das ‚urban mainstreaming‘ der EU Strukturfonds (2007-2013) durch die Europäische Kommission haben dazu geführt, dass die europäische Städtepolitik seit den 1990er Jahren auf die politische Agenda der EU gehoben wurde (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2006, 2008, 2009). Aber auch die Aktivitäten der EU-Ratspräsidentenschaften, wie etwa das Aktions-

programm von Lille (2000), der Acquis von Rotterdam (2004), der Bristol Accord (2005), die Leipzig Charta (2007) oder die Marseille Deklaration (2008) haben zur Entwicklung einer europäischen städtepolitischen Agenda beigetragen, auch wenn sie anfangs nur als Reaktion auf die Kommissionsaktivitäten gedacht waren.

Auch das Großherzogtum Luxemburg hat sich in den letzten Jahren verstärkt darum bemüht, sein Engagement in den Bereichen Nachhaltigkeit, integrierte

Städtepolitik und klimafreundliche Stadtentwicklung auf europäischer Ebene auszubauen, die Agenda der jeweiligen Ratspräsidentschaft zu diesen Themen mit zu prägen und die so gewonnenen Erfahrungen in der nationalen Politik einzubringen. Eine direkte Konsequenz dieser Prozesse im Bereich der EU Städtepolitik ist die Einrichtung einer nationalen Informationsstelle für Städtepolitik – „*Cellule nationale d'Information pour la Politique Urbaine (CIPU)*“ im Jahr 2008, die sich mit dem Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen luxemburgischen und europäischen Städten im Bereich der Stadtentwicklung befasst.

Infolge dieser Entwicklungen auf europäischer und luxemburgischer Ebene liegt die Frage nahe, ob nicht ein deutlicher Bedeutungsgewinn der europäischen Städtepolitik im Sinne einer Europäisierung in Luxemburg stattgefunden hat. In diesem Artikel bezeichnet Städtepolitik die direkt oder indirekt auf die Städte ausgerichtete Politik der EU sowie der zwischenstaatlichen und nationalen Ebenen. Europäisierung bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass die materielle Stadtentwicklung europäischer würde, d.h. dass die Kommission versuche, ein europäisches Stadtmodell als Idealtypus zu definieren und zu fördern. Bei der Europäisierung der Städtepolitik geht es vor allem um die Wirkung der EU-Politiken auf nationale und lokale städtepolitische Institutionen und die Frage, inwiefern sie „distinct and identifiable changes in the domestic institutional structures of the member states“ ermöglicht (RISSE et al. 2001, S. 3). Um die Wirkung der EU-induzierten Städtepolitik in Luxemburg zu erforschen, bezieht sich dieser Beitrag auf RADAELLIS Konzept der Europäisierung (RADAELLI 2003). Demnach wird Europäisierung z.B. im Hinblick auf Veränderungen in den Akteurskonstellationen, Debatten, Prozessen und Ressourcenausstattungen in Luxemburg analysiert.

Die Wirkung der EU auf die nationalen Städtepolitiken und ihre Institutionen wurde bisher noch nicht ausgiebig un-

tersucht (vgl. TOFARIDES 2003; VAN DEN BERG et al. 2007). Die meisten dieser Studien analysieren die Effekte von URBAN- bzw. URBACT-Projekten (oder ähnlichen europäischen Projekten zu städtischen Themen) auf die nationale Stadtentwicklungs- oder Städtepolitik (vgl. CARPENTER 2006; DUKES 2008; HAMEDINGER et al. 2008; MARSHALL 2005; FRANK 2005). Da Luxemburg bisher an solchen Projekten nicht partizipiert hat, können diese Aspekte zum jetzigen Zeitpunkt nicht untersucht werden. Dieser Beitrag behandelt vielmehr das Phänomen der Europäisierung der Luxemburger Städtepolitik im Allgemeinen und das Beispiel Informationsstelle für Städtepolitik CIPU im Besonderen. EU-induzierte ordnungs- und prozesspolitische Entscheidungen werden mit Hilfe einer konzeptionellen Reflexion auf ihre Wirkungen bezüglich der Luxemburger Städtepolitik hin untersucht. Vor allem Veränderungen in den Institutionen, Diskursen, Akteurskonstellationen, Ressourcenausstattung und Paradigmen werden hierbei berücksichtigt. Die Aussagen beruhen im Wesentlichen auf der Auswertung von Dokumenten und Sekundärmaterial zum Thema, der Entwicklung einer Strategie für CIPU sowie der aktiven Teilnahme an relevanten Prozessen der Implementation in Luxemburg.

Der vorliegende Beitrag betrachtet die Entwicklung der EU-Städtepolitik, deren Bedeutungsgewinn in der luxemburgischen Städtepolitik und deren Wirkung im Sinne einer Europäisierung (z.B. im Sinne von Veränderungen in den Diskursen, Identitäten sowie politischen Strukturen und Maßnahmen). Der erste Aspekt wird durch eine Analyse von europäischen oder nationalen Strategien und Programmen nachgezeichnet (Teil 2 und 3) und mit dem Beispiel CIPU erläutert (Teil 4). Der Teil 5 enthält eine konzeptionelle Reflexion am Beispiel CIPU unter Berücksichtigung des von RADAELLI (2003) aufgestellten Europäisierungskonzeptes. Auch beinhaltet dieser Teil einige abschließende Bemerkungen.

Die Entwicklung der Städtepolitik der EU

Eine formale städtepolitische Kompetenz der EU gibt es bis dato nicht. Zwar wurde 1991 der Versuch unternommen, die Städtepolitik in den Maastrichter Vertrag aufzunehmen, der den Aufgabenbereich der Europäischen Kommission festlegt. Allerdings scheiterte dies an der Opposition der Mitgliedstaaten, die diese Kompetenzen nicht abgeben wollten (VAN DEN BERG et al. 2007, S. 41). Auch im Lissabon Vertrag wurde die Städtepolitik nicht als Kommissionszuständigkeit verankert.

Nichtsdestotrotz hat die EU in den letzten 20 Jahren eine städtepolitische Agenda entwickelt, die den spezifischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedürfnissen der Städte und Stadtregionen Rechnung tragen soll. In diesem Kontext stellt sich jedoch eine entscheidende Frage: Wie kann die Europäische Union ohne formale Kompetenz eine Politik für die Städte entwickeln? Hinzu kommt, dass ein kohärentes und allgemein gültiges Konzept für die europäische Städtepolitik fehlt, da diese ein eher heterogenes Politikfeld darstellt (VAN DEN BERG et al. 2007). Die Antwort darauf ist recht einfach: durch das Einwirken der EU in Politikbereiche mit Vertragskompetenz, wie z.B. der Umwelt- oder der Transportpolitik, kann die Kommission auf Umwegen sehr wohl die Stadtentwicklung auf nationaler und lokaler Ebene beeinflussen. Dies passiert hauptsächlich auf zwei Wegen: zum einem auf dem Weg der Prozesspolitik, wobei insbesondere die EU-Strukturpolitik zu nennen ist. Finanzielle Anreize sollen die Mitgliedstaaten dazu antreiben, ihre nationalen und subnationalen Politiken den Leitlinien der EU anzupassen. Zum anderen im Rahmen der Ordnungspolitik, wobei für alle Mitgliedstaaten ein verbindlicher Rechtsrahmen geschaffen wird, so z.B. im Bereich der EU-Umweltpolitik (BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG 2010).

In den nachfolgenden Teilen sollen die prozesspolitischen sowie die ordnungspolitischen Einflüsse der EU anhand der Struktur- und der Umweltpolitik umrissen werden. Auch soll kurz auf die mit-

gliedstaatliche Reaktion gegenüber diesen Einflüssen eingegangen werden, um zu zeigen, wie die Bedeutung der Städte und städtischen Räume auf EU- und mitgliedstaatlicher Ebene gewachsen ist und wie diese Einflüsse die Diskurse, Werte und Zusammenarbeit der Akteure verändert haben.

Prozesspolitische Einflüsse am Beispiel der EU-Strukturpolitik

Nach der Reform der Strukturfonds im Jahr 1988 (TOFARIDES 2003; PARKINSON 2005; VAN DEN BERG et al. 2007) wurden die städtepolitischen Inhalte immer deutlicher. Eine explizite städtepolitische Dimension der Strukturfonds gab es, wie schon angedeutet, zu diesem Zeitpunkt nicht. Zwischen 1990 und 1999 unterstützte die Kommission im Rahmen von Pilotprojekten einige ausgewählte benachteiligte Stadtteile in ihrem Bemühen, der sozialen Exklusion vorzubeugen. Benachteiligte Stadtteile und soziale Exklusion in Städten bestimmten auch in den folgenden Jahren die stadtpolitische Agenda der Kommission. So konnte die Kommission nach und nach ein eigenständiges Handlungsfeld und ein eigenes Repertoire an Erfahrungen und Wissen zu diesen Themen aufbauen (GÜNTNER 2007; ZIMMERMANN 2008).

Durch das Festsetzen von Regeln und Normen, wie z.B. den Regularien der Programmdurchführung, konnte die Kommission schon bald ihren Einfluss in diesem Bereich weiter ausbauen. Die 1994 eingerichtete Gemeinschaftsinitiative URBAN, welche vom Strukturwandel betroffene Städte unterstützte, nahm die Erfahrungen der integrierten Stadtteilentwicklung in benachteiligten Stadtteilen aus den Pilotprojekten in ihr Programm auf. Wichtige Bestandteile von URBAN waren z.B. der Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den Städten und anderen europäischen Akteuren sowie strenge Auflagen zur Beteiligung städtischer Stakeholder und zu den Verfahren und Instrumenten, die im Rahmen der Projekte benutzt werden sollten.

In den darauffolgenden Jahren kam der Bereich der nachhaltigen Stadtent-

wicklung hinzu. Dieser Rahmen bot der Kommission die Möglichkeit, strukturpolitische, umweltpolitische und prozessorientierte Probleme anzugehen (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1997, 1998, 2007, 2008, 2009). In der Förderperiode 2000-2006 der Strukturfonds wurde die Gemeinschaftsinitiative URBAN in veränderter Form fortgeführt. In der aktuellen Förderperiode der Strukturfonds (2007-2013) konnte die städtische Dimension verstärkt verankert werden (vgl. ELTGES 2005; EUROPÄISCHE UNION 2007). Dazu gehört u.a. die Forderung nach der Aufstellung von integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklungskonzepten, die Möglichkeit der Einrichtung eines Stadtentwicklungsfonds für Investitionen (JESSICA) mit der Unterstützung der Europäischen Investitionsbank sowie die Möglichkeit der Konzentration von Mitteln auf die Städte und eine stärkere Mitwirkung städtischer Akteure.

Ordnungspolitische Einflüsse am Beispiel der EU-Umweltpolitik

In der Umweltpolitik setzt die Kommission nicht primär auf Förderprogramme mit umweltpolitischen Zielen, sondern eher auf Richtlinien und Verordnungen für die Städte. So haben umweltpolitische Richtlinien wie z.B. im Bereich der Luftreinhaltepolitik, der Umweltverträglichkeitsprüfung oder der Strategischen Umweltprüfung erheblichen Einfluss auf die Stadtentwicklung in den Mitgliedstaaten, indem sie die Zulässigkeit von Planungsvorhaben neu regeln oder Planungsverfahren ändern (ROTTMANN 2006). Überdies hat die EU versucht, mit Hilfe von thematischen Strategien und Mitteilungen, die sich auf die Städte beziehen, in die Programme einzugreifen. Mit dem „Grünbuch über die städtischen Umwelt“ verknüpfte sie 1990 umweltpolitische Programme mit den von ihr konzipierten städtepolitischen Schwerpunkten (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1990). 1997 veröffentlichte die Kommission das Dokument „Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union“ („Urban Agenda“), welches allerdings sehr stark auf die Strukturfonds ausgerichtet war. 1998 folgte

der Aktionsrahmen „Nachhaltige Stadtentwicklung in der EU“, der die Vorgaben aus der Urban Agenda umzusetzen sucht. Unter Berücksichtigung mehrerer Politikbereiche umfasst er vier Politikziele: Stärkung der städtischen Wirtschaft und Beschäftigung, soziale Integration und Erneuerung von Problemvierteln, Verbesserung der städtischen Umwelt, Bürgerbeteiligung und Förderung der Einrichtung von Stadtmanagement. Mit der 2005 erschienen „Thematischen Strategie für die städtische Umwelt“ hat die Kommission einen weiteren Versuch unternommen, die Umweltpolitik der Städte aktiver mitzugestalten (KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 2005; ROTTMANN 2006). Aufgrund des Mangels an verbindlichen Bestimmungen konnte die „Thematische Strategie“ dieses Ziel nur sehr eingeschränkt erreichen (ZIMMERMANN 2008).

Zwischenstaatliche Initiativen

Nicht zuletzt aufgrund der Aktivitäten der EU-Kommission wurde europäische Städtepolitik Ende der 1990er Jahre auch auf die politische Agenda der Mitgliedstaaten gehoben. Die Mitgliedstaaten waren unterschiedlicher Meinung. Länder wie Frankreich oder die Niederlande, die bereits auf nationaler Ebene eine explizite Städtepolitik führten, begrüßten die neuen Entwicklungen. Andere Mitgliedstaaten hingegen wiesen jedoch immer wieder auf die fehlende Vertragskompetenz hin. Nichtsdestotrotz bekannten sich die für Stadtentwicklung zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten zur europäischen Perspektive, mit dem Resultat, dass unter der EU-Ratspräsidentschaft der Niederlande 1997 erstmals die Städtepolitik als Reaktion auf die Kommissionsaktivitäten auf die Tagesordnung eines informellen Ministertreffens gesetzt wurde (BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG 2010).

Die verabschiedeten Dokumente der seither in unregelmäßigen Abständen stattfindenden informellen Ministertreffen zeigen, dass das anfängliche Misstrauen gegenüber der Kommission inzwischen etwas abgeflaut ist. Zwar sind ini-

ge Mitgliedstaaten immer noch skeptisch im Hinblick auf die Kompetenz und die Rolle der EU in der Städtepolitik, doch mit Hilfe der informellen Ministertreffen und der verschiedenen Gremien wie etwa der Urban Development Group (UDG) konnte eine Kommunikationsplattform für einen regelmäßigen Austausch der unterschiedlichen nationalen städtepolitischen Sichtweisen und Haltungen geschaffen werden, auf der eine Annäherung in Grundsatzfragen diskutiert und erreicht werden konnte. So versuchen die EU-Mitgliedstaaten die Zielsetzungen der mitgliedstaatlichen Zusammenarbeit bezüglich der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung mit denen der Kommission in Einklang zu bringen. Wichtige Policy-Dokumente wie die Leipzig Charta (2007), die Marseille Deklaration (2008) oder die Toledo Deklaration (2010) knüpfen an die Erfahrungen, Strategien und Konzepte der Kommission an und versuchen, sie mit den zwischenstaatlichen Zielsetzungen der nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung zu verbinden. Diese Initiativen trugen überdies dazu bei, innerhalb der Mitgliedsstaaten städtische Probleme und Werte neu zu überdenken und zu definieren sowie neue Diskurse zum Thema Nachhaltigkeit und integrierte Stadtentwicklung anzuregen.

EU-Städtepolitik als „hidden agenda“?

Auch wenn die Kommission nach außen hin betont, dass ihr Engagement nicht darauf abzielt städtepolitische Kompetenzen auf die EU-Institutionen zu verlagern und immer wieder auf die strategische Wichtigkeit der Städte für eine nachhaltige Entwicklung Europas verweist, so ist die Tatsache, dass die Kommission ohne formale Zuständigkeit Politik gestaltet, nicht von der Hand zu weisen. Die Städtepolitik ist somit kein werteneutrales Anliegen, sondern eher Ausdruck eines handfesten Interessen- und Machtspiels der Kommission gegenüber den Mitgliedstaaten. ELTGES (2005) vermutet beispielsweise, dass die Aufwertung der städtischen Dimension u.a. deshalb vorangetrieben wurde, um so längerfristig ein Gegengewicht zur Strukturpolitik für den ländlichen Raum

aufzubauen. Auch haben sich die Effekte von Top-down-Europäisierung in den letzten Jahren verändert, da die Städte, dank neuer Einflussmöglichkeiten wie etwa offene Konsultationen oder direktes Lobbying, damit begonnen haben, die Nationalstaaten zu umgehen (*bypassing*). Ein weiteres Beispiel ist die Einführung einer städtischen Dimension in alle EU-Politiken, die dazu dienen soll, deren Wirksamkeit insgesamt zu erhöhen oder zumindest kontraproduktive Wirkungen zu vermeiden (ATKINSON 2001) und somit die Rolle der EU insgesamt und ihre Institutionen im Besonderen zu stärken. ATKINSON argumentiert, dass die städtepolitische Diskussion strukturiert und Bezugsnormen entwickelt werden können, indem man die verschiedenen Interessen und Vernetzungen in Foren zusammenbringt und vor gemeinsamen Hintergründen Probleme diskutiert und Zusammenhänge erstellt. Er beruft sich dabei auf MIDDLEMAS (1995), der gezeigt hat, dass auf diese Weise auch andere informelle EU-Politikbereiche, wie sie in der EU häufig vorkommen, entwickelt werden.

Die europäische Integration im Sinne der Kompetenzübertragung im Bereich der Städtepolitik ist ein zweiseitiges Schwert, da sie zwar einerseits oftmals Politikstrategien in den Mitgliedstaaten bzw. den Regionen unterstützt und dadurch eine positive Wirkung haben kann. Dies geschieht z.B. indem städtepolitische Diskurse im Bereich der Nachhaltigkeit angeregt werden oder Governance-Strukturen in Mitgliedstaaten überdacht und gegebenenfalls neu geordnet werden. Wenn jetzt vielleicht noch nicht erkennbar, kann diese Unterstützung andererseits aber auch ihren Tribut fordern, z.B. in Form eines Kompetenzzuwachses der EU. Dem wird zwangsläufig eine Schwächung anderer Institutionen gegenüberstehen, wie das sog. *bypassing* der nationalen Ebenen in einigen Mitgliedstaaten gezeigt hat. Ein möglicher Kompetenzzuwachs für die EU-induzierte Städtepolitik könnte theoretisch Einfluss auf die Wahrnehmung der städtischen Wirklichkeit nehmen (Definitionsmacht) oder legale Kompetenzen für sich beanspruchen, ver-

mutlich auch Geld als Steuerungsmedium einfordern. Dies dürfte jedoch ohne Einschränkungen der Subsidiarität und der lokalen Autonomie nicht möglich sein (ZIMMERMANN 2008).

Städtepolitik in Luxemburg

Die Bevölkerung des Großherzogtums ist von etwa 384.400 im Jahr 1991 auf 502.000 Einwohnern im Jahr 2010 gestiegen (BECKER u. HESSE 2010). Das Land gehört zu den wenigen EU-Mitgliedstaaten mit positiver demographischer Entwicklung. Infolge des hohen Bevölkerungszuwachses der jüngeren Vergangenheit sind bedeutende Veränderungen in der Siedlungsentwicklung und auf den Wohnungsmärkten zu erkennen. Rund zwei Drittel der Bevölkerung leben in den städtischen Räumen Luxemburgs (STATEC 2010). Eine zunehmende Zahl von Haushalten siedelt inzwischen in ländlichen und periurbanen Räumen; dagegen wachsen die städtischen Räume entsprechend ihrer geringeren Flächenpotenziale nur relativ langsam, gleichwohl entwickeln sich viele Kommunen positiv. Die Urbanisationsrate stieg in den letzten Jahren um jährlich 1 % und liegt bei 82 % (STATEC 2010). Dies relativiert zunehmend den ursprünglich sehr ländlichen Charakter des Landes mit seinen zahlreichen Gemeinden eher geringer Größe. Arbeitsplätze konzentrieren sich hauptsächlich in den Ballungsräumen der größten Städte wie Luxemburg-Stadt (90.800 Einwohner) im Zentrum des Landes, Esch/Alzette (30.100 Einwohner), Differange (21.500 Einwohner) und Dudelange (18.500 Einwohner) im Süden sowie das bipolare Gefüge Nordstad (Ettelbrück/Diekirch mit etwa 22.000 Einwohnern). Darüber hinaus gibt es noch 10 kleinere urbane Zentren mit nur einigen Tausend Einwohnern (STATEC 2010). Hinzu kommt das Phänomen der hohen Pendlerströme von im Großherzogtum angestellten Arbeitnehmern aus den benachbarten Regionen Lothringen (F), Rheinland-Pfalz und Saarland (D) sowie Wallonien (B), was dazu führt, dass sich immer bedeutendere grenzüberschreitende Verflechtungen bilden.

Obschon es in Luxemburg aufgrund der kommunalen Planungshoheit keine explizite nationale Städte- oder Stadtentwicklungspolitik gibt, werden städtische Themen seit mehreren Jahren in der Praxis der Luxemburger Raumplanungs-, Wohnungsbau- und Regionalentwicklungspolitik mitbehandelt. Es wurde versucht, die städtische Dimension in einer Reihe von wichtigen strategischen Policydokumenten wie etwa dem räumlichen Gesamtplan *Programme Directeur de l'Aménagement du Territoire* (2003) oder dem *Integrierten Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept für Luxemburg (IVL)* (2004) zu integrieren. Wichtige städtepolitische Bestandteile dieser beiden Planungsdokumente sind sowohl die nachhaltige Stadtentwicklung Luxemburgs als auch eine ausgeglichene räumliche Entwicklung des Großherzogtums auf der Basis eines polyzentrischen Städtensystems.

Im *Programme Directeur de l'Aménagement du Territoire* wird ein urbanes Konzept bestehend aus 15 zentralen Orten festgehalten (siehe Abb. 1). Das 3-stufig aufgebaute System (Ober-, Mittel- und Regionalzentren) der zentralen Orte ist das Hauptinstrument zur Förderung der dezentralen Konzentration sowie der nachhaltigen Entwicklung Luxemburgs. Es wirkt dabei als Steuerungsinstrument für raumwirksame Standortentscheidungen und als Rahmeninstrument für die sektoriellen Pläne (MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR 2003; MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR et al. 2004).

Die implizite Städtepolitik in Luxemburg richtet sich nicht nur an das Oberzentrum und die beiden Mittelzentren Luxemburgs, sondern an das gesamte städtische Gefüge gemäß der Hierarchie der zentralen Orte. Gemeinsam sollen die zentralen Orte dazu beitragen, das urbane System Luxemburgs zu stärken, um so einen territorialen Ausgleich herbeizuführen (siehe Abb. 2). Dies soll unter anderem durch komplementäre Maßnahmen in den verschiedenen städtischen Agglomerationsräumen erreicht werden: Restrukturierung des Agglomerationsraums Luxemburg-Stadt, Erneuerung der

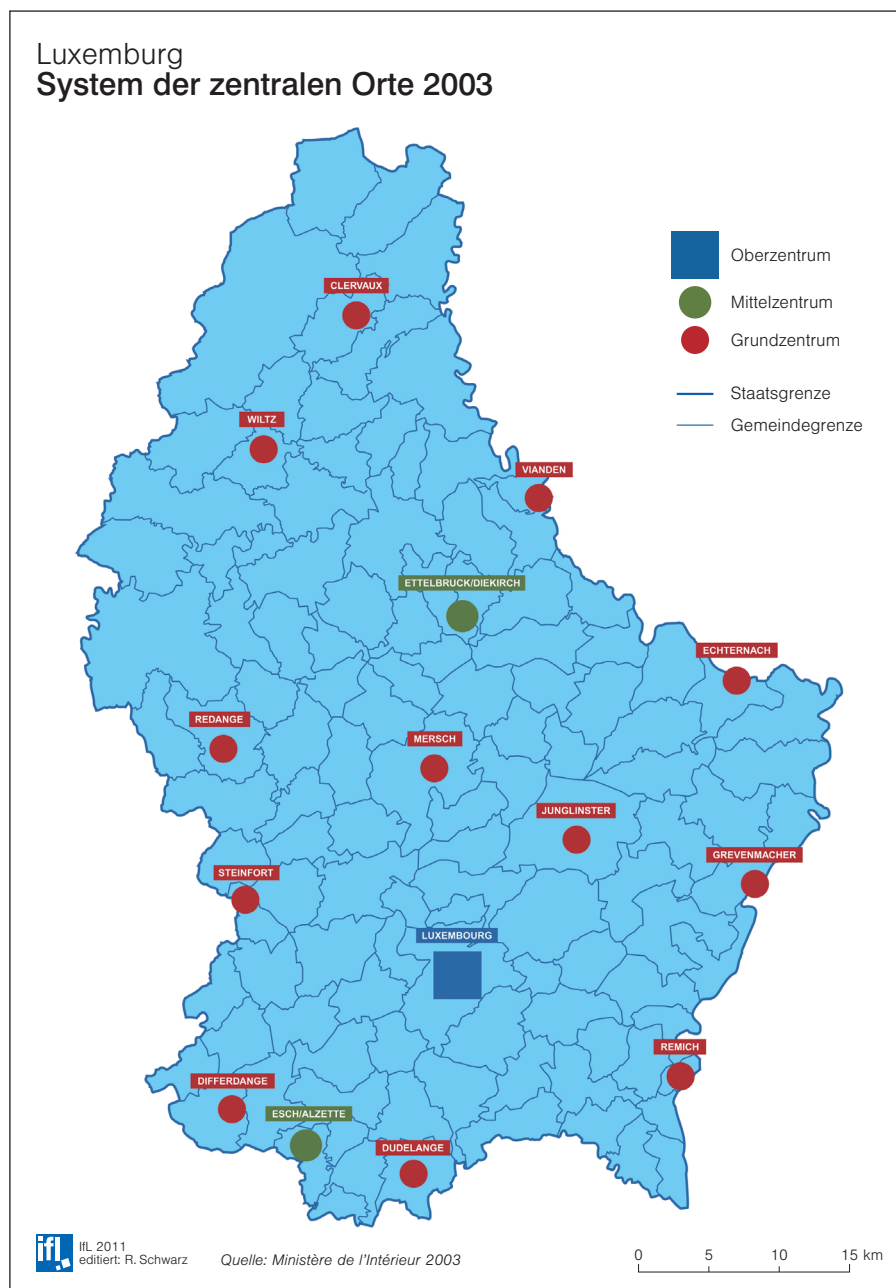


Abb. 1: Zentrale-Orte System im Großherzogtum Luxemburg 2003

südlichen städtischen Zentren durch Regenerierung von Industriebrachen sowie die Entwicklung des wirtschaftlichen Potenzials der Nordstad in ihrer Funktion als städtisches Zentrum im ländlichen Raum im Norden des Landes (MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR 2003).

Vor dem Hintergrund der nachhaltigen, polyzentrischen Entwicklung der Städte und städtischen Räume sowie der stark ausgeprägten grenzüberschreitenden Verflechtungen ist auch das wachsende Interesse Luxemburgs an der europäischen Städtepolitik zu sehen. Seit 2004 hat sich Luxemburg in vielfältiger Weise

in der Städtepolitik auf europäischer Ebene engagiert und auch die Agenda der jeweiligen Ratspräsidentschaften zu diesem Thema mit geprägt. Die Teilnahme an den Aktivitäten der sukzessiven EU-Ratspräsidentschaften hat es erlaubt, die Themen und Empfehlungen in nationale Projekte und Planungsdokumente, wie etwa im Bereich interkommunaler Kooperation (sog. Konventionsgebiete), einfließen zu lassen. Ein weiterer Schritt war z.B. die Teilnahme Luxemburgs im Jahr 2004 an dem Netzwerkprojekt EUKN (*European Urban Knowledge Network*), einer internationalen Datenbank mit

wichtigen Planungsdokumenten, Studien und Praxisbeispielen aus dem Bereich der europäischen Stadtentwicklung, -planung und Städtepolitik. Neben dem Engagement in EUKN ist Luxemburg ebenfalls in URBACT vertreten, dem EU-Programm, das dem Erfahrungsaustausch und der Entwicklung von Aktionsplänen und guter Praktiken im Rahmen kleinerer thematischer Netzwerke dient. Der systematische und strukturierte Austausch von Erfahrungen und Wissen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung, so wie es ihn z.T. schon auf europäischer Ebene gibt, soll dazu dienen, die an der Stadtentwicklung beteiligten Akteure in Luxemburg bei der Bewältigung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme zu unterstützen und die städtische Zusammenarbeit im Sinne einer effizienteren Arbeitsweise zu fördern, insbesondere im Hinblick auf die geringe Größe der luxemburgischen Städte.

Das Beispiel CIPU

Um die auf der EU-Ebene geschaffenen, neuen Ansätze effizienter zu nutzen und interessante Anreize und Kooperationsmöglichkeiten mit relevanten in- und ausländischen Akteuren in Luxemburg zu verankern, wurde die Nationale Informationsstelle für Städtepolitik (*Cellule nationale d'Information pour la Politique Urbaine – CIPU*) im April 2008 an der Universität Luxemburg eingerichtet. Sie beruht u.a. auf einer gemeinsam finanzierten Position eines Geschäftsführers und hat die Förderung des integrierten Ansatzes in der Stadtentwicklung zum Ziel. Damit verbindet sich die Absicht, den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den lokalen, nationalen und europäischen Akteuren der Städtepolitik zu fördern, den konkreten Bedarf der Kommunen zu ermitteln und, falls möglich, ihnen eine Hilfestellung zu bieten. Sie stellt somit eine Schnittstelle zwischen der Städtepolitik auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene sowie der Stadtforschung dar (siehe Abb. 3). Die so geschaffenen Möglichkeiten zum Informations- und Wissensaustausch sowie

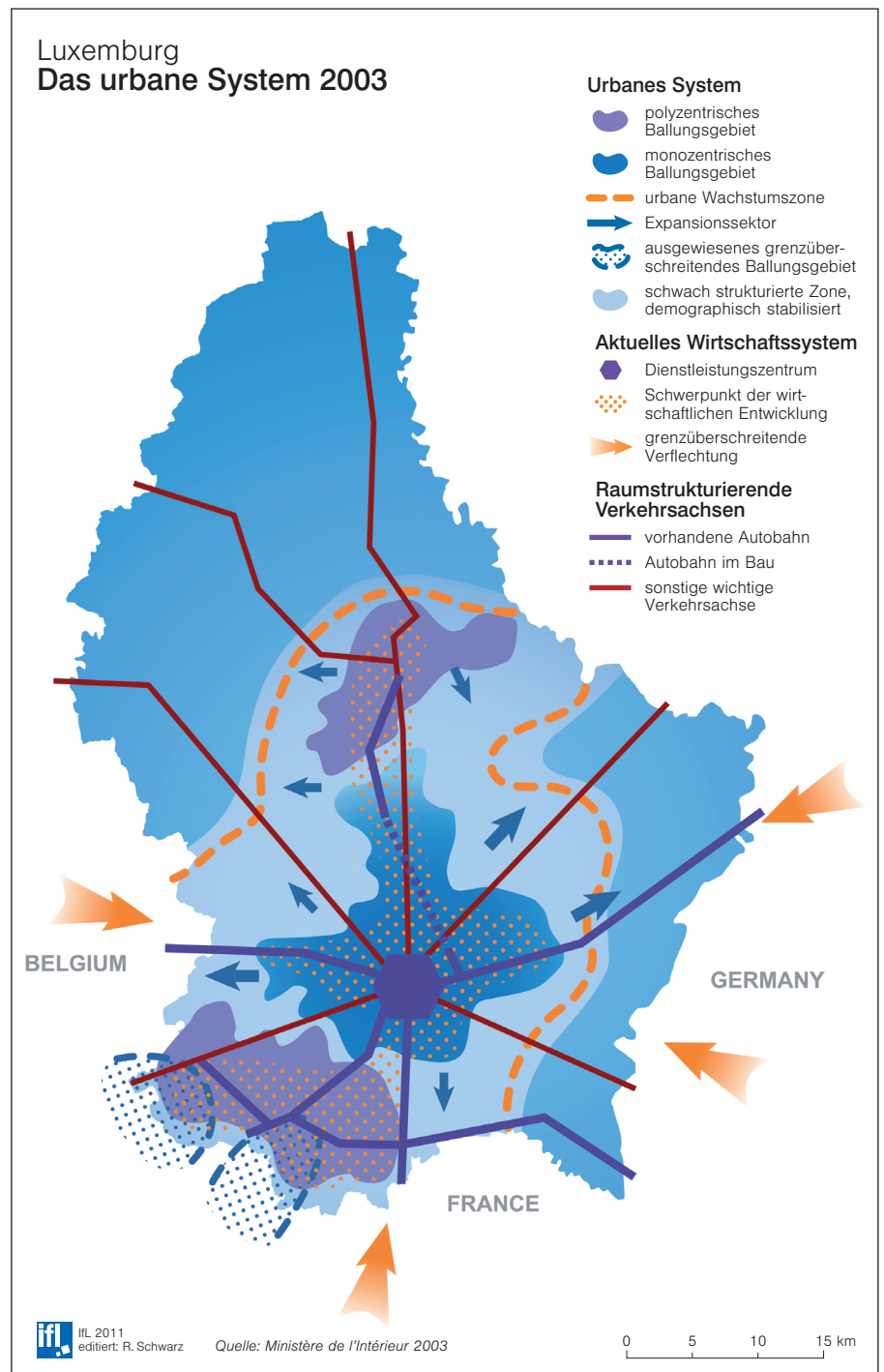


Abb. 2: Das urbane System Luxemburgs 2003

der Mitwirkung an der EU-Politik sollen zur Entwicklung und Umsetzung von Leitlinien und Zielsetzungen, welche von der EU oder den Mitgliedsstaaten gemeinsam ausgearbeitet wurden, auf lokaler Ebene beigetragen.

Die Unterstützung und das aktive Engagement der Städte sowie weiterer Partner sind notwendig, um eine bessere Einbindung von allen beteiligten Akteuren zu gewährleisten. Dazu haben folgende

Partner die Institution CIPU gegründet:

- die Universität Luxemburg als wissenschaftliche Einrichtung,
- das Ministerium für Wirtschaft und Außenhandel als fondsverwaltende Behörde für EU-Mittel aus dem EFRE,
- die Abteilung für Raumplanung des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturen als verantwortliche Landesbehörde für Fragen der Städtepolitik,

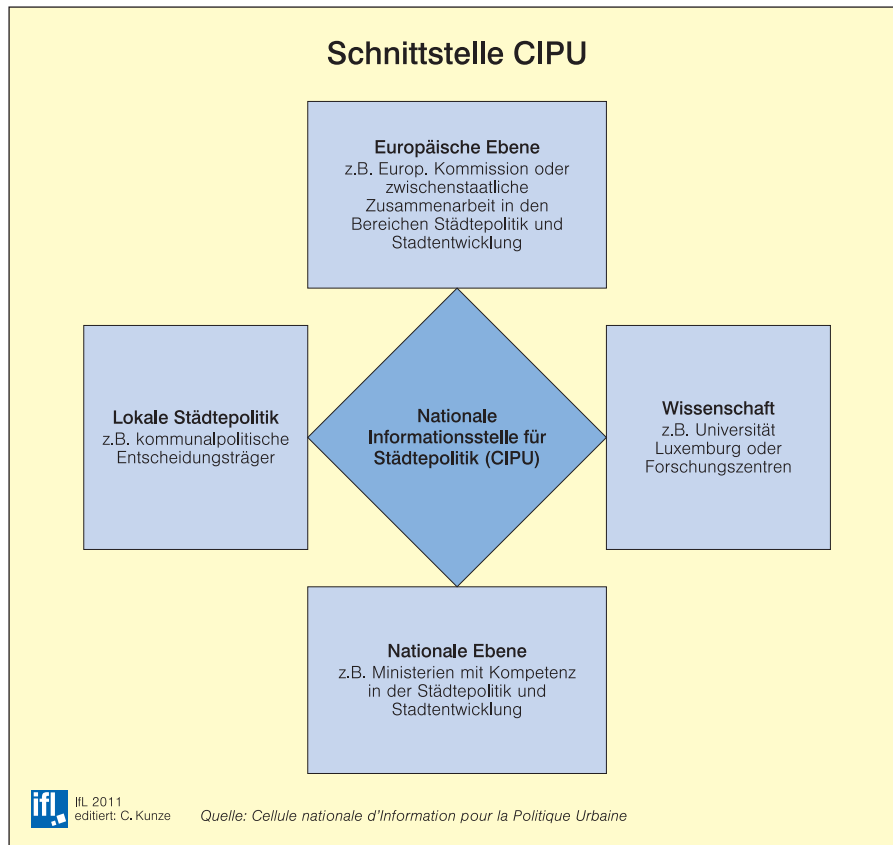


Abb. 3: Schnittstelle CIPU

- das Ministerium für Wohnungsbau als politisch verantwortliche Behörde für den „Fonds pour le développement du logement et de l’habitat“, dessen Aufgabe die Verbesserung der Qualität der Stadtentwicklung beinhaltet,
- die urbanen Räume Luxemburgs, vertreten durch die Stadt Luxemburg, die Stadt Esch/Alzette und die Nordstad in ihrer Funktion als Hauptakteure in der Umsetzung einer nachhaltigen Städtepolitik.

Die Suche nach Lösungsvorschlägen oder innovativen Ideen für die Stadtentwicklung ist für die im europäischen Vergleich eher mittelgroßen und kleinen luxemburgischen Städte oft problematisch und zeitaufwändig. Deshalb unterstützt CIPU die Luxemburger Akteure aktiv mit Hilfe von thematisch ausgerichteten Fachtagungen, Workshops oder Arbeitsgruppen z.B. zu Themen wie nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung, Partizipation oder Stadtentwicklung und Wissensökonomie. Der dadurch generierte und strukturierte Austausch von guten Politik- und Praxisbeispielen aus dem In- und

Ausland und von wissenschaftlichen Erkenntnissen trägt dazu bei, Konzepte verständlicher zu machen, Kompetenzen und Kapazitäten weiter zu entwickeln sowie neue Kooperationen zu fördern. Auf diese Weise konnte seit 2008 eine Reihe von neuen, meist informellen Netzwerken gebildet werden, wie beispielsweise das *Observatoire Belval* (eine informelle Plattform für den Erfahrungs- und Wissensaustausch in den Bereichen der Stadt- und Regionalentwicklung sowie der großen städtebaulichen Projekte für das neue Stadtviertel und Wissensstandort Esch/Belval) oder die Nationale Begleitgruppe im Rahmen der Ausarbeitung eines europäischen Referenzrahmens zur nachhaltigen Stadt (RFSC). Aber auch im Rahmen seines Lenkungsausschusses bietet CIPU seinen Partnern die Gelegenheit, sich zu verschiedenen, städtepolitisch relevanten Themen auszutauschen, neue Projektideen zu formulieren und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. Durch seine vielfältigen Aktivitäten trägt CIPU ebenfalls dazu bei, diverse parallel laufende Prozesse und Projekte, aber

auch Akteure besser miteinander zu vernetzen. So boten z.B. die im Rahmen des RFSC durchgeführten Aktivitäten die Gelegenheit, viele nationale und lokale Akteure im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung zusammenzubringen sowie Kooperationsmöglichkeiten mit neuen städtischen Partnern oder internationalen und lokalen Initiativen anzustoßen und zu entwickeln. Darüber hinaus unterstützt CIPU die Städte und Forschungseinrichtungen beim Erhalt von EU-Fördermitteln für Projekte der Stadtentwicklung (z.B. zur Umsetzung der Europa 2020 Strategie auf lokaler Ebene) sowie bei der Identifizierung aktuellen Forschungsbedarfs.

Die Kombination dieser Tätigkeiten erlaubt es den interessierten städtischen Akteuren, die europäischen sowie die nationalen und lokalen Entwicklungen im Bereich der Städtepolitik aufeinander abzustimmen und sie in die für sie relevanten Diskussionen auf den unterschiedlichen Ebenen einzubeziehen. Der daraus resultierende Erfahrungs- und Wissensaustausch trägt dazu bei, bestehende Politiken, Prozesse, Werte und Akteurskonstellationen kritisch zu hinterfragen und sie gegebenenfalls anzupassen oder zu verändern. Auch ermöglicht er eine effizientere Nutzung von europäischen Ressourcen (z.B. EU-Programme, Strategien, Arbeitsweisen oder Instrumente, wie beispielsweise der RFSC).

Europäisierung der luxemburgischen Städtepolitik am Beispiel CIPU: Zwischenbilanz

Wie lässt sich nun der Prozess der Europäisierung der luxemburgischen Städtepolitik anhand des Beispiels CIPU konzeptionell erfassen? Dazu kann RADAELLI Konzept der ‘Europäisierung’ als Interpretationsrahmen genutzt werden, da es die Europäisierung als Interaktionsprozess und als horizontalen Transfer von Konzepten und Politiken zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten sieht und den Top-down-Ansatz der europäischen Ebene auf die staatlichen und lokalen Akteure untersucht. Desweiteren versteht RADAELLI Europäisierung als

„Process of a) construction, b) diffusion and c) institutionalisation of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ways of doing things and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the making of domestic discourse, identities, political structures and public policies“ (RADAELLI 2003). Bezieht man RADAELLIS Konzept der Europäisierung auf die implizite luxemburgische Städtepolitik, kann man folgende Effekte beobachten: Ordnungspolitische Entscheidungen wie z.B. die Einführung von Richtlinien im Bereich der EU-Umweltpolitik, die die städtischen Räume betreffen, werden in Luxemburg ebenso wie in allen anderen Mitgliedsstaaten mit ähnlichen Auswirkungen umgesetzt. Das Gleiche gilt für Veränderungen in den Regelsystemen wie z.B. im Bereich der europäischen Strukturpolitik. Viel bedeutender für Luxemburg sind jedoch Veränderungen in den Akteurskonstellationen und der Ressourcenausstattung für städtepolitische Fragen. Die sich über Jahre hinweg langsam entfaltende städtische Agenda der EU hat dazu geführt, dass sich die wichtigsten städtepolitischen Akteure in Luxemburg zusammenschlossen und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellten, um die Koordinations- und Informationsplattform CIPU zu entwickeln. Aufgrund ihrer Zielsetzungen und Aufgabenbereiche fördert CIPU überdies eine kontinuierliche und kohärente Entwicklung von städtespezifischen Policy-Paradigmen und Diskursen. Andererseits begünstigt sie sowohl das Einbetten von EU-städtepolitischen Themen in Luxemburg (Framing) als auch die Bestimmung und Entwicklung von Problemlösungsansätzen. Aufgrund des Fehlens einer expliziten luxemburgischen Städtepolitik wäre dies ansonsten nur bedingt möglich.

Die Aufgabe von CIPU ist es demnach, die EU-Themenschwerpunkte auf die luxemburgische städtepolitische Agenda zu setzen und kognitive Prozesse bei den urbanen Akteuren anzustoßen. CIPU wird demnach die Rolle eines sog. „change agent“ zuteil (KNILL u. LEHMKUHL 1999), wie z.B. im Bereich der integrierten und

nachhaltigen Stadtentwicklung. Infolge der EU-induzierten Politiken versucht CIPU, in Luxemburg einen Diskurs anzustoßen, um die Interessen der Akteure zu überdenken und bei Bedarf neu zu definieren. Durch einen solchen Prozess können sich etablierte Normen der städtischen Akteure verändern. Im Extremfall werden sie sogar mit denen der EU identisch. Aufgrund der Tatsache, dass ordnungspolitische Entscheidungen seitens der Kommission in der EU-Städtepolitik bislang eher selten waren, eignet sich dieser Politikbereich hervorragend für eine solche Herangehensweise.

Der durch die EU herbeigeführte Wandel der luxemburgischen Städtepolitik erfolgt somit nicht unbedingt in erster Linie durch die Aufstellung von Richtlinien (wie z.B. verbindlicher Ziele und prozeduraler Vorgaben). Zwar gibt es viele solcher Richtlinien in den verschiedenen EU-Fachpolitiken, etwa der Umweltpolitik. Doch CIPU dient der Förderung von urbanem Wandel insbesondere durch drei weitere Faktoren: Erstens dadurch, dass CIPU die luxemburgischen Akteure darin unterstützt und dabei begleitet, EU-Förderprogramme wie etwa INTERREG oder URBACT zur Umsetzung der luxemburgischen städtepolitischen Ziele und Strategien zu nutzen. Zweitens ist es mit Hilfe von CIPU möglich, den durch die EU und die Mitgliedstaaten angeregten Diskurs in Luxemburg zu verankern und so die spezifischen lokalen Bedürfnisse zu berücksichtigen. Drittens fördert CIPU mit Hilfe von besonderen Netzwerken wechselseitige Lernprozesse und den Wissenstransfer durch den Austausch von Erfahrungen. Solche Netzwerke sind zum Beispiel das von der EU eigens zu diesem Zweck eingerichtete Programm URBACT oder das aus einer mitgliedstaatlichen Initiative hervorgegangene EUKN. Es handelt sich dabei nicht um organisierte Städtenetzwerke, die sich für die Interessen der Städte einsetzen und Lobbying betreiben, sondern es sind wissensbasierte Netzwerke, die den Austausch und die Verbreitung von innovativen Praktiken und Strategien begünstigen. Auch sollen sie den

Aufbau von neuen Kapazitäten, die den lokalen Gegebenheiten angepasst sind, in der Stadtentwicklung unterstützen. RADAELLI (2003) bezeichnet diese Form von Europäisierung als horizontalen Mechanismus.

Beim Instrument CIPU geht es also nicht zwingend um eine Europäisierung im Sinne von Konvergenz oder Harmonisierung der nationalen oder lokalen luxemburgischen Städtepolitik mit den Vorstellungen der EU. Ganz im Gegenteil: Um sich nachhaltig entwickeln zu können, sollen und müssen nationale oder lokale Divergenzen sogar in der Politikgestaltung weiterhin berücksichtigt werden, was natürlich zu kontrastierenden Effekten führen kann. Vielmehr geht es darum, Diskurse anzuregen und somit gegebenenfalls prozessuale oder normative Veränderungen herbeizuführen und zu begleiten. Die Frage nach dem Grad des Anpassungsdrucks zwischen europäischen Vorgaben und nationalen institutionellen Strukturen, des sog. „goodness of fit“, so wie er beispielsweise von RISSE et al. (2001) diskutiert wird, ist im Falle der EU-Politiken mit Blick auf Städtepolitik und ihren Effekten auf Luxemburg nur bedingt von Bedeutung.

CIPU soll einerseits einer Schwächung der luxemburgischen Institutionen im Zuge der Europäisierung vorbeugen und sie stärken. Andererseits dient die Informations- und Koordinationsplattform dazu, die nationalen städtepolitischen Interessen und Bedürfnisse dank der spezifischen Akteurskonstellation effizienter zu koordinieren und somit eine integrierte und nachhaltige Städtepolitik in Luxemburg zu fördern. So wird den Städten eine größere Mitwirkung an EU-induzierten Politiken eingeräumt, allerdings kann möglichen negativen Effekten des sog. bypassings der nationalen Ebene durch die Städte auch besser entgegengewirkt werden.

In Bezug auf den Fall Luxemburg und das Beispiel CIPU ist es relevant, die Frage der Wirkungen der EU-Politik auf die Städte unter Verweis auf RADAELLIS Konzept nicht ausschließlich auf den Aspekt der finanziellen Unterstützung durch die

EU sowie der formalen Mitwirkungsrechte zu begrenzen. Die Auswirkungen der prozess- und ordnungspolitischen Einflüsse der EU auf die luxemburgische Städtepolitik sind, ebenso wie bei anderen Ländern, zweifellos gegeben. Für Luxemburg sind aber auch die zwischenstaatlichen Initiativen im Bereich der Städtepolitik von großer Bedeutung, da sie, im Gegensatz zu den EU-Aktivitäten, eher auf die Debatte abzielen. Das Beispiel CIPU ist insofern interessant, als dass es verdeutlicht, wie durch normative und kognitive Prozesse Veränderungen in den Institutionen, Diskursen, Werten und Akteurskonstellationen angeregt werden können. Dem auf Austausch und Networking ausgerichteten horizontalen Mechanismus bei der Europäisierung nationaler und lokaler Städtepolitik wird hier ebenfalls eine besondere Bedeutung zuteil.

Literatur

- ATKINSON, R. (2001): The emerging 'Urban Agenda' and the European Spatial Development. Perspective: towards an EU urban policy? In: *European Planning Studies* 9 (3), S. 385-406.
- BECKER, T. u. M. HESSE (2010): Internationalisierung und Steuerung metropolitaner Wohnungsmärkte. Das Beispiel Luxemburg. *Informationen zur Raumentwicklung* 5/8, S. 403-415.
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2010): Stadtentwicklung in Europa. <http://www.bbsr.bund.de>.
- CARPENTER, J. (2006): Addressing Europe's Urban Challenges: Lessons from the EU URBAN Community Initiative. *Urban Studies* 43 (12), S. 2145-2162.
- COMMISSION EUROPÉENNE (2008): Renforcer la dimension urbaine. Analyse des programmes opérationnels cofinancés par le Fonds européen de développement régional pour la période 2007-2013. Brüssel.
- COMMISSION EUROPÉENNE (2009): Promouvoir un développement urbain durable en Europe. Réalisations et opportunités. Brüssel.
- COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES (1990): Green Paper on the Urban Environment. COM (90) 218. Brüssel.
- COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES (2005): Cities and the Lisbon Agenda: Assessing the Performance of Cities, Directorate General Regional Policy. Brüssel.
- COMMISSION DES COMMUNAUTÉS EUROPÉENNES (2006): La politique de cohésion et les villes: la contribution des villes et des agglomérations à la croissance et à l'emploi au sein des régions. COM(2006) 385. Brüssel.
- DUKES, T. (2008): The URBAN programme and the European urban policy discourse: successful instruments to Europeanize the urban level? *GeoJournal* 72, S. 105-119.
- DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt.
- DUTCH EU PRESIDENCY (2004): Urban Acquis, Conclusions of the Ministerial Meeting on Urban Policy 'Cities empower Europe'. Rotterdam.
- ELTGES, M. (2005): Städte und Europäische Strukturpolitik. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 63 (2), S. 135-141.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1997): Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union. COM (97) 197. Brüssel.
- EUROPEAN COMMISSION (1998): Sustainable Urban Development in the European Union: A Framework for Action. Brüssel.
- EUROPEAN COMMISSION (2010): The urban dimension in European Union policies 2010. Introduction and Part 1 and Part 2: The urban dimension in other policies of the European Union. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2007): Die städtische Dimension der Gemeinschaftspolitik im Zeitraum 2007-2013. Leitfaden. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1997): Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union COM (97) 197. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1998): Nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union. Ein Aktionsrahmen. Brüssel.
- FRANK, S. (2005): The European URBAN experience – Changing Urban Policy.
- FRENCH EU PRESIDENCY (2000): Conclusions of the French Presidency of the European Union at the end of the informal meeting of ministers responsible for urban affairs at the conference "Europe, spatial and urban development" (Lille, Action Programme).
- FRENCH EU PRESIDENCY (2008): Final Statement by the ministers in charge of urban development (Marseille Declaration).
- GÜNTNER, S. (2007): Soziale Stadtpolitik. Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung. Bielefeld.
- HAMEDINGER, A., H. BARTIK u. A. WOLFFHARDT (2008): The Impact of EU Area-based Programmes on Local Governance: Towards a 'Europeanisation'? *Urban Studies* 45 (13), S. 2669-2687.
- KNILL, C. u. D. LEHMKUHL (1999): How Europe Matters. Different Mechanisms of Europeanization. *European Integration Online Papers*, EIoP 3 (7).
- KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2004): Entwicklung einer thematischen Strategie für die städtische Umwelt, KOM (2004) 60. Brüssel.
- KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2005): Thematische Strategie für die städtische Umwelt, KOM (2005) 718. Brüssel.
- MARSHALL, A. (2005): Europeanization at the urban level: local actors, institutions and the dynamics of multi-level interaction. *Journal of European Public Policy* 12 (4), S. 668-686.
- MIDDLEMAS, K. (1995): Orchestrating Europe. The Informal Politics of the European Union 1973-1995. London.
- MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR (2003): Programme Directeur de l'Aménagement du Territoire. Luxemburg.
- MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR, MINISTÈRE DES TRANSPORTS, MINISTÈRE DES BÂTIMENTS PUBLICS, MINISTÈRE DE L'ENVIRONNEMENT (2004): Ein Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept. Luxemburg.
- OFFICE OF THE DEPUTY PRIME MINISTER (2006): UK Presidency. EU informal ministerial meeting on sustainable communities (Bristol Accord). London.

- PARKINSON, M. (2005): Urban Policy in Europe – Where have we been and where are we going? In: ANATALOVSKY, E., J. DANGSCHAT u. M. PARKINSON (Hrsg.): European Metropolitan Governance. Cities in Europe – Europe in the Cities. Node Research. Wien, S. 9-32.
- RADAELLI, C.M. (2003): Europeanisation of Public Policy. In: RADAELLI, C.M. u. K. FEATHERSTONE (Hrsg.): The politics of Europeanisation. Oxford, S. 27-56.
- RISSE, T., M. GREEN COWLES u. J. CAPORASO (2001): Europeanisation and Domestic Change: Introduction. In: RISSE, T., M. GREEN COWLES u. J. CAPORASO: Transforming Europe: Europeanisation and Domestic Change. New York, S. 1-20.
- ROTTMANN, M. (2006): Europäisches Umweltrecht und Stadtentwicklung. Ein aktueller Überblick über für die Kommunen relevante umweltpolitische Initiativen und Strategien der EU. Berlin.
- SPANISCH EU PRESIDENCY (2010): Toledo informal ministerial meeting on urban development. Declaration (Toledo Declaration).
- STATEC (2010): Luxembourg en chiffres. Luxembourg.
- TOFARIDES, M. (2003): Urban Policy in the European Union. Ashgate.
- VAN DEN BERG, L., E. BRAUN, J. VAN DEN MEER u. G. MINGARDO (2007): The Urban Dimension in European Policy: History, Actors and Programmes. In: VAN DEN BERG, L., E. BRAUN u. J. VAN DEN MEER (Hrsg.): National Responses to Urban Challenges in Europe. Aldershot, S. 39-61.
- ZIMMERMANN, K. (2008): „Cities for growth, jobs and cohesion“. Die implizite Stadtpolitik der EU. In: HEINELT, H. u. A. VETTER (Hrsg.): Lokale Politikforschung heute. Wiesbaden, S. 79-102.

TOM BECKER
 Universität Luxemburg
 Forschungseinheit IPSE (Identités, Politiques, Sociétés, Espaces)
 Laboratoire de Géographie et
 Aménagement du territoire
 Route de Diekirch
 L-7220 Walferdange
 Luxemburg
 tom.becker@uni.lu